



Stadt T E T T N A N G

**Technischer Ausschuss**

- nicht öffentlich am 04.03.2015

**Gemeinderat**

- öffentlich am 18.03.2015

Sitzungsvorlage 051/15/1

Planen und Bauen  
Günther Schwenke

**Resolution gegen Fracking**

*Der Technische Ausschuss hat bei 10 Ja-Stimmen einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss gefasst.*

**Beschlussvorschlag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat der Stadt Tett nang erklärt Tett nang zur frackingfreien Kommune. Er spricht sich gegen Fracking – ein Verfahren zu unkonventionellen Erdgasgewinnung – auf dem Gebiet der Stadt Tett nang sowie der gesamten Bodenseeregion aus. Diese Haltung schließt sowohl mögliche Explorations- und Probebohrungen als auch Bohrungen zur tatsächlichen Erdgasgewinnung im großtechnischen Maßstab ein.

**Anlage:**

Schreiben des „BUND“ vom 17.12.2014 mit Anlage

## Sachlage

Aufgrund der Anregung von Herrn Stadtrat Peter Gaissmaier in der GR-Sitzung vom 07.02.2015 sowie eines Schreibens des „BUND“ (siehe Anlage) wurde das Thema auf die Tagesordnung genommen.

Bei "Fracking" handelt es sich um eine unkonventionelle Art der Erdgasförderung, bei der dichtes Speichergestein unter hohem hydraulischem Druck mit Wasser und unter Einsatz eines Additivs aufgebrochen (englisch: Fracking) wird. Bei diesem Verfahren werden Chemikalien in das Erdreich in eine Tiefe von ca. 1.000 bis 5.000 m gepumpt und durch den entstehenden Druck die Gesteinsschichten aufgebrochen. Dadurch kann in den Gesteinen gebundenes Erdgas entweichen und an der Oberfläche gewonnen werden.

Eine Mehrheit von Studien kommt zu dem Ergebnis, dass Fracking ein enorm hohes Risiko dargestellt, durch Unfälle an Bohrplätzen, beim Transport der Stoffe und durch undichte Bohrungen. Das Verfahren selbst (Zuhilfenahme von chemischen Zusatzstoffen (Additive), deren Auswirkungen bisher nicht abschließend erforscht sind) gefährdet Grund- und Trinkwasser. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen. Die Besorgnis um eine Grund- und Trinkwassergefährdung, auch im Hinblick auf den Bodensee als größten Trinkwasserspeicher Europas, wiegt in der Bodenseeregion besonders schwer.

Gemeinsam mit weiteren betroffenen Kommunen in Baden-Württemberg setzt sich die Stadt Tettnang dafür ein, dass das Bergrecht geändert wird. Fracking soll demnach (zumindest in sensiblen Bereichen) ganz verboten werden.

An den Genehmigungsverfahren für diese umstrittene Erdgasförderung sollen die Kommunen und Kreise zukünftig als „Träger öffentlicher Belange“ maßgeblich beteiligt werden.

Die Stadt Tettnang fordert daher die Landesregierung Baden-Württemberg auf:

- Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten, als auch deren Förderungsbewilligung – auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen.
- Sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – bereits beginnend vor der Aufsuchungserlaubnis – neben der Beteiligung der Gemeinden, der Wasserbehörden und der Wasser-versorgungsunternehmen mit diesen auch das Einvernehmen hergestellt werden muss.

- Eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten.
- Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.